

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Andreas Winhart

Abg. Daniel Artmann

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Stefan Frühbeißer

Abg. Harry Scheuenstuhl

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)

Kurorte in der Krise (Drs. 19/6727)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich noch einmal darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist Herr Kollege Andreas Winhart für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Antrag hochgezogen, weil er wichtig ist. Wir haben im Ausschuss zwar schon darüber gesprochen, aber die Situation hat sich nicht verbessert. Je näher wir an die Erstellung der kommunalen Haushalte kommen, desto mehr rückt dieses Thema in den Fokus. Das haben wir heute schon öfter besprochen. Den Kommunen geht es finanziell schlecht, schlicht und ergreifend, und es wird nicht besser werden. Wir sind gespannt, was morgen herauskommt.

Nichtsdestoweniger haben wir hier einen Antrag, der ein ganz konkretes Problem lösen soll, einen Prüfantrag an die Staatsregierung. Die Staatsregierung möge prüfen, ob Leistungen der Kommunen zur Anerkennung als Kur- und Erholungsort bei Haushaltskonsolidierungskonzepten künftig regelmäßig als unabweisbare Ausgaben deklariert werden können, meine Damen und Herren.

Hier geht es nicht ums Geld. Wir wollen jetzt nicht einen Haufen Geld in die Kommunen pumpen und wir wollen auch nicht den Staatshaushalt weiter belasten, sondern es geht schlicht und ergreifend darum, seitens der Staatsregierung bzw. der staatlichen Landratsämter zu schauen und zu sagen, ob es möglich ist, die besonderen

Aufwände in den Kur- und Erholungsorten nicht als freiwillige Leistungen, sondern als unabweisbare Ausgaben zu deklarieren. Da geht es nicht ums Geld – ich kann es nur noch einmal sagen –; es geht darum, wie man die Ausgaben der Kommunen in ihrer Selbstverwaltung deklariert und ansieht.

Meine Damen und Herren, jeder von Ihnen war schon einmal in einem Kurort oder in einem Erholungsort hier in Bayern; wir haben ja unzählige davon. Auch diese Orte haben natürlich wirtschaftliche Schwierigkeiten. Es ist ganz normal, dass ein Kurort nicht ein großes Industriegebiet und viele produzierende Unternehmen hat, sondern man geht dort vor allem hin, wenn man zur Reha in eine Klinik geht, beispielsweise um sich zu erholen für die schönen Dinge im Leben.

Wir schreiben aber den Kurorten in Bayern vor, dass sie, wenn sie sich zum Beispiel "Bad" nennen, ein gewisses kulturelles kostenloses Angebot darbieten sollen, dass sie bestimmte Einrichtungen vorhalten sollen, dass sie auf das Ortsbild achten sollen. Hierfür haben sie erhöhte Aufwendungen. All das gilt als freiwillige Aufgabe, meine Damen und Herren. Wenn wir das nicht ändern und wenn die betroffenen Kommunen weiterhin eine schiefe Haushaltslage haben und konsolidieren müssen, wird man als Erstes an die freiwilligen Aufgaben herantreten. Aber wir wollen doch alle nicht, dass unsere Kurorte demnächst mit einem Haufen produzierendem oder lautem Gewerbe belastet werden, sondern wir wollen, dass unsere Kurorte weiterhin der Erholung und der Genese von kranken oder in Rehabilitation befindlichen Menschen dienen.

Es wird auch nicht von heute auf morgen gehen, dass man die Gewerbesteureinnahmen entsprechend nach oben fährt; denn es braucht Zeit, bis ein Gewerbe beispielsweise auch Gewerbesteuer zahlt. Nur über die Grundsteuer der Einheimischen ist es auch nicht zu machen, und recht viel mehr Einnahmen werden wir dann nicht generieren können, zumal viele Betriebe in diesen Bereichen, beispielsweise Kurkliniken, überhaupt keine Gewerbesteuer zahlen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns einfach prüfen, ob es möglich ist, für die wenigen Orte, die in einer Schieflage sind, diese Ausnahme zuzulassen. Wir denken, es geht. Es ist also ein Prüfauftrag mit etwas Nachdruck. Er ist sehr, sehr wichtig für unsere Heilbäderstruktur in Bayern. Daher bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Daniel Artmann für die CSU-Fraktion.

Daniel Artmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den vorliegenden Antrag müssen wir leider fachlich ablehnen. Lieber Kollege Winhart, natürlich sehen wir auch die Not in den Kurorten, und es ist ja nicht so, dass die Staatsregierung nichts machen würde. Wir haben 1,8 Millionen Euro im Förderprogramm KuHeMo. Gleichzeitig hat jetzt unsere Gesundheitsministerin im Masterplan Prävention die Kurorte und Heilbäder als Standorte für Prävention, betriebliche Gesundheitsförderung und gesundes Älterwerden gestärkt und möchte hier aktiv werden. Natürlich haben wir auch letzte Woche das Maßnahmenpaket für die Rehakliniken, die oft in Kurorten sind, eingebracht.

Kurz zum Inhalt: Die Kurorttätigkeit ist eine freiwillige Aufgabe, wie Sie richtig geschildert haben. Sie ist zentraler Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung. Worum geht es, und warum ist der Antrag fachlich abzulehnen? – Sie haben gesagt, es sei unabweisbar, dass diese Ausgaben ausgewiesen werden sollen. Damit bewegen wir uns natürlich in Richtung Verpflichtung der Gemeinden. Das ist nicht wünschenswert und auch nicht notwendig; denn schon jetzt ist es bei Haushaltskonsolidierungen nicht notwendig, dass komplett auf freiwillige Leistungen verzichtet werden muss. Das ist sogar so, wenn man Stabilisierungshilfen erhält. Das heißt, wenn die Kurorttätigkeit weiter ausgeübt werden soll und die Ausgaben damit anfallen, ist es nach wie vor möglich. Das heißt, der Ansatz ist grundsätzlich falsch; denn Sie sagen, dass es

an die freiwilligen Leistungen gerade auch im Kurbereich gehen würde. Es ist heute schon möglich, dass auch diese Leistungen weiter erbracht werden; nur muss im Zusammenhang stehen, dass nach wie vor haushalterische Anstrengungen unternommen werden, um den Haushalt zu konsolidieren.

Wenn wir in Richtung Verpflichtung und Pflichtaufgabe gehen, kommen wir schon dahin, dass sich konnexitätsrechtliche Probleme stellen; denn grundsätzlich schreibt Artikel 83 der Verfassung vor, dass der Staat, wenn er Leistungen von den Kommunen fordert bzw. sie beauftragt, diese Leistungen auch zahlen muss. Das würde natürlich bedeuten, dass wir hier dann als Freistaat auch in der Pflicht wären. Deswegen ist dieser Antrag fachlich abzulehnen.

Grundsätzlich verstehen wir die Problematik, was die Kur- und Heilbäder angeht. Wir haben aber, glaube ich, jetzt einige Maßnahmen auf den Weg gebracht, um sie bestmöglich zu unterstützen. Aber aus den genannten Gründen lehnen wir den Antrag fachlich ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Andreas Winhart, AfD-Fraktion, vor.

Andreas Winhart (AfD): Werter Kollege Artmann, ihr könnt doch eure CSU-Bürgermeister nicht so dermaßen hängen lassen, solange sie, zumindest bis Mai noch, im Amt sind.

(Lachen bei der AfD)

Das Fachliche ist doch ein ganz anderer Punkt.

Daniel Artmann (CSU): Dass Sie das Fachliche nicht interessiert, ist mir schon klar.

Andreas Winhart (AfD): Wir haben jetzt von Ihnen eine ganze Reihe an Maßnahmen gehört, die angeblich helfen sollen. Weder der Antrag mit den Rehakliniken noch irgendeine andere Maßnahme, die Sie genannt haben, –

Daniel Artmann (CSU): Wir haben ein konkretes Förderprogramm.

Andreas Winhart (AfD): – ich habe eine Minute – trifft auf die gemeindlichen oder städtischen Haushalte zu. Das ist der erste Punkt.

Das Zweite ist, dass es, wenn man hier nicht eingreift, voll und ganz in der Hand der jeweiligen Aufsichtspersonen im jeweiligen Landratsamt liegt, wie die das sehen und dieses Haushaltskonsolidierungsmaßnahmenpaket bewerten. Daher ist man nicht auf der sicheren Seite mit der Art und Weise, wie Sie an die Sache herangehen, und ich bitte Sie noch einmal inständig, in sich zu gehen und zu prüfen, ob das korrekt ist.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege Winhart, Ihre Minute ist jetzt trotzdem um. – Bitte schön.

Daniel Artmann (CSU): Ich glaube, wenn die Kommunen – ich habe da großes Vertrauen – einen sauberen Haushaltsplan vorlegen, wie sie konsolidieren wollen, wird das Landratsamt es auch dementsprechend bewerten. Es geht darum, dass Sie fachlich etwas fordern, das in eine Pflichtaufgabe übergehen würde. Aus dem Grund ist es einfach abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Christian Zwanziger für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Winhart, ich verstehe gar nicht, warum Sie mit dem Antrag so einen auf dicke Hose machen. Was steht denn da drin? – Sie wollen, dass geprüft wird. Dabei haben Sie für sich schon beantwortet, dass die Prüfung natürlich so ausgehen wird, wie Sie es sich

wünschen. In dem Antrag steht, die Kommunen sollen weiter Geld ausgeben dürfen. Da ist kein einziger Euro drin, da ist nichts für die Kommunen drin. Daher verstehe ich gar nicht, was das Theater hier soll. Wenn Sie wollten, dass die Kommunen mehr Geld bekommen, hätten Sie zum Beispiel vielleicht heute Nachmittag gut zugehört oder letzte Woche bei der Aktuellen Stunde oder, oder.

Ich stelle fest, der Antrag hilft dem Tourismus nicht, weil kein Euro dabei herumkommt. Er hilft auch, wie Sie sagen, wenigen bayerischen Kurorten nicht. Wenn Sie sich die Haushalte anschauen, werden Sie feststellen, dass viele der bayerischen Kurorte eher am unteren Ende sind, was die Haushaltslage angeht.

Der Kollege hat schon auf die Haushaltslogik bei Sanierungen hingewiesen. Davon kann ich in Erlangen auch ein Lied singen. Dank der volkswirtschaftlich total schwach-sinnigen kleinräumlichen Unterbietung mit Gewerbesteuerhebesätzen haben wir da gerade unser Päckchen zu tragen. Natürlich kann man als Kommune argumentieren, welche Ausgaben heute notwendig sind, damit man auch weiter Einnahmen hat und, und, und. Das werden die Kommunen tun.

Das hilft dem Tourismus nicht. Deswegen werden wir den Antrag weiterhin ablehnen, so wie im Ausschuss auch. Es wurde heute auch schon einmal gefragt, warum Sie Anträge hochziehen, die eindeutig beraten worden sind, und noch dazu so einen inhaltsleeren, der keinen Euro bringt. Das verstehe ich nicht. Wir lehnen ab. Einen schönen Abend noch.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Zwanziger. – Der nächste Redner ist der Kollege Stefan Frühbeißer für die FREIEN WÄHLER.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist von den Vorrednern schon analysiert worden, wie wir diesen Antrag zu bewerten haben. Ich möchte aber ganz deutlich sagen, dass er von der

fachlichen Seite her eher im Bereich erstes Lehrjahr für Verwaltungsrecht bzw. Kommunalrecht angesiedelt ist.

Wir brauchen uns nur anzuschauen, wie er beschrieben ist: Hier wird eine Prüfung beantragt. Sie haben das Thema wohlwissend nicht Pflichtaufgabe genannt. Jeder Fachmann würde Ihnen nämlich sagen, dass man das nicht prüfen muss, sondern dass eindeutig und ganz klar geregelt ist, was Pflichtaufgaben und was freiwillige Aufgaben sind. Sie haben offenbar versucht, dieses Dilemma zu umschiffen, und sprechen von unabweisbaren Ausgaben. Dieser Begriff stammt aber eigentlich aus dem Bereich der vorläufigen Haushaltsführung. Als Höhepunkt haben Sie noch einfach mal so eine Vorschrift angegeben, Artikel 63 der Gemeindeordnung, um noch halbwegs einen Bezug zu vermeintlichem Fachwissen herzustellen. In Artikel 63 der Gemeindeordnung ist die Haushaltssatzung geregelt. Diese hat aber weder mit der vorläufigen Haushaltsführung, sprich Artikel 69, noch mit Pflichtaufgaben, Artikel 57, zu tun. Deshalb ist der Antrag von der fachlichen Seite her – ich sage einmal ein bisschen vorsichtig – schwach und schon deshalb abzulehnen.

Es geht aber noch weiter, wenn man in die Praxis schaut. Sie haben in Ihrem Vortrag selbst gesagt, dass es um ein paar wenige Kurorte geht, die angeblich dieses Problem hätten. Ich habe einmal bei uns in der Regierung von Oberfranken nachgefragt. Oberfranken ist bekanntlich die Region mit den meisten Stabilisierungsgemeinden. Dort ist nach Rückmeldung die Situation so, dass es in keinem Fall ein Problem gibt. Sprich, diesen betroffenen Kommunen wird die Haushaltsgenehmigung nicht deshalb versagt, weil sie gewisse Aufwände dafür tätigen, um den Erhalt des Kurortprädikats zu gewährleisten. Das ist also von der Sache her schon einmal falsch.

Sie beziehen sich offenbar auf ein paar wenige Kurorte, die weitaus höhere Investitionen tätigen wollen. Hier sagt die Rechtsaufsicht vielleicht zu Recht, seid einmal ein bisschen vorsichtig, damit ihr eure Pflichtaufgaben tatsächlich durchführen könnt. Ich glaube, alles, was sich der Gesetzgeber hier gedacht hat, hat Sinn und Zweck. Denn

eines ist auch klar: Es ist immer noch wichtiger, dass man die Daseinsvorsorge sicherstellt; dann kommen erst die freiwilligen Leistungen und die wirtschaftliche Betätigung.

Im Übrigen ist der Tourismus ein Wirtschaftsfeld. Dies bedeutet, wenn man mit dem Tourismus auf langfristige Sicht kein Geld verdient, dann soll man vielleicht besser die Finger davon lassen, weil ein ewiges Draufzahlgeschäft ist eher sinnlos. Aus den genannten Gründen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Frühbeißer. – Als nächster Redner hat der Kollege Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Auf den ersten Blick ist der Antrag der AfD ja eigentlich ganz harmlos. Man will den Kurorten helfen. Schaut man jedoch genauer hin, stellt man fest, das ist kein Hilfsangebot, sondern eine billige Show. Jeder weiß nämlich eigentlich: Sobald etwas zur Pflichtaufgabe wird, kommt die Konnexität. Das ist also ein Etikettenschwindel von allerbesten Qualität. Das ist unabweisbar: Bei der Pflichtaufgabe kommt die Konnexität. Der Freistaat Bayern müsste das bezahlen. Im Antrag ist kein Finanzierungsvorschlag enthalten. Wie gesagt, das ist alles nur Show.

Ich frage mich auch – wir haben es heute schon gehört –: Wenn alle Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund aus den Kurorten verschwinden sollen, wer soll denn dann die Arbeit machen und wer soll dann das Kurwesen aufrechterhalten? Man kennt sich hier wohl überhaupt nicht aus. Über 30 % der Arbeitskräfte haben Migrationshintergrund. Wir haben es heute ein paarmal gehört, dass eine Zwangsvertreibung geplant ist. Schon alleine deswegen ist das abzulehnen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Scheuenstuhl, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Die Zwischenbemerkung stammt vom Abgeordneten Winhart für die AfD-Fraktion.

Andreas Winhart (AfD): Werter Herr Kollege, vielleicht ist Ihr Redebeitrag ein bisschen uhrzeitbedingt. Der Tag ist schon etwas fortgeschritten. Aber wo bitte haben Sie den Zusammenhang gefunden zwischen unserem Antrag und dem, was Sie gerade von Migration, Vertreibung etc. gesprochen haben?

Ich weise das streng von uns. Hier geht es um eine finanzrechtliche Sache, bei der man darum bittet, ob man das zukünftig vonseiten der Regierung vielleicht anders interpretieren könnte. Sie machen dann so etwas draus. Also ganz ehrlich, schämen Sie sich nicht manchmal?

Harry Scheuenstuhl (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt sehen Sie einmal, wie es uns manchmal geht, wenn man eine Wildschwein-Diskussion führt und auf einmal kommt man zu dem Thema, dass kein Geld mehr da ist, weil alles für die Ausländer ausgegeben wird. So geht es uns immer mit Ihren komischen Wortmeldungen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die namentliche Abstimmung findet in elektronischer Form statt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten, und die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 22:06 bis 22:09 Uhr)

Hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben? Das scheint der Fall zu sein. Damit schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis wird nun außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Kurorte in der Krise", Drucksache 19/6727, bekannt: Mit Ja haben 25 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 102. Es gab keine Stimmenthaltungen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.10.2025 zu Tagesordnungspunkt 10: Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion AfD; Kurorte in der Krise (Drucksache 19/6727)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin				Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan			
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin	X		
Arnold Dieter	X			Dr. Eiling-Hütig Ute			
Arnold Horst				Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar	X						
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole				Fehlner Martina		X	
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane			
Baumann Jörg	X			Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl			
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried				Friedl Patrick		X	
Becher Johannes				Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea				Füracker Albert			
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas				Gmelch Christin	X		
Blume Markus				Goller Mia		X	
Böhm Martin	X			Gotthardt Tobias			
Bötl Maximilian		X		Graupner Richard	X		
Bozoglu Cemal				Grießhammer Holger			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
von Brunn Florian		X		Groß Johann		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Gross Sabine		X	
Dr. Büchler Markus				Grossmann Patrick			
				Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin		X					
				Halbleib Volkmar		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Halemba Daniel	X		
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas			
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig		X	
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef			
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dunkel Norbert		X		Hierneris Christian		X	
				Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul		X	
Knoll Manuel			
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald	X		
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter			
Dr. Oetzingen Stephan		X	
Osgyan Verena			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Saller Markus		X	
Schack Jenny			
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner			
Schmid Franz	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha			
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona	X		
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter			
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta			
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	25	102	0